

Werbung:

Kaffeemaschine kaputt?

kafisatz
bar·presse·caféSpitalgasse 1
8400 Winterthur
offen ab 7 Uhr

Den Alltag vergessen?

Am besten im Alltag.

Alltag café-bar
Unterer Graben 25
8400 WinterthurAuch sonntags
ab 10 Uhr geöffnet
Freitag und Samstag
bis 01 Uhr geöffnet

Sinnvolles Ja, auch aus linker Sicht.

Auch aus linker Optik: Ja zu einer sicheren Zukunft für unsere Spitäler! Die am 21. Mai zur Abstimmung stehenden Gesetze zur Verselbständigung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und des Universitätsspitals Zürich (USZ) sind ein Kompromiss zwischen Privatisierung und unbefriedigendem Status quo. Bei einer Ablehnung ist keine Alternative in Sicht.

■ ■ ■
Es wird behauptet, diese Gesetze würden es möglich machen, lukrative Geschäftsteile, die Filetstücke, zu privatisieren. Wie soll das ökonomisch sinnvoll sein, wenn den Spitalern weiter vom Regierungsrat und dem kantonalen Parlament Globalbudgets (und diese sind nicht zu grosszügig) vorgegeben werden? Es gibt schon seit Jahren keine Defizitfinanzierung mehr (ausser es sind eindeutig exogene Faktoren, wie zum Beispiel die Erhöhung der Pflegegehälter). Es würde sich höchstens lohnen, nichtlukrative Geschäftsteile zu privatisieren. Das wäre bisher schon möglich gewesen, wurde aber nicht gemacht. (Das Spital Uster hatte einmal den Reinigungsdienst privatisiert. Nach sehr schlechten Erfahrungen wurden die Putzleute wieder vom Spital selber angestellt).

■ ■ ■
Es tönt halt gut, von ersten Schritten zur Privatisierung und drohender Zweiklassenmedizin zu sprechen. Aber mit diesen Gesetzen hat diese ideologische Argumentation rein gar nichts zu tun. Das USZ leidet unter der schwierigen Konstellation mit der bereits verselbständigten Universität Zürich. Vornehm hält sich die Gegnerschaft, der VPOD raus, wenn es darum geht, diese realen und immens grossen Probleme des USZ mit der Universität (zum Beispiel Führungsprobleme an verschiedenen Kliniken) sowie der interkantonalen Vereinbarung über die hoch technisierte Medizin zu lösen. Der blinde Glaube einiger Linker daran, dass der Staat immer alles gut und menschlich mache, hat mich als eher Libertärer schon oft irritiert.

■ ■ ■
Diese Gesetze machen niemanden wirklich glücklich. Die Rechte wollte eine Privatisierung, die Linke

hingegen die Möglichkeit zur Auslagerung einzelner Betriebszweige verhindern. Nach Ansicht der Kommissionsmehrheit (13 zu 2 Stimmen) ist dieser Kompromiss dennoch ein Schritt in die Zukunft, in der auch die öffentlichen Spitäler auf dem Gesundheitsmarkt fit sein müssen. Dieser Gesundheitsmarkt existiert, ob man das gut oder schlecht findet.

■ ■ ■
Die Spitäler bleiben weiter im Besitz des Kantons. Das Globalbudget wird wie bis anhin vom Regierungsrat dem Kantonsrat vorgelegt und von diesem beschlossen. Das Personal wird weiterhin öffentlich-rechtlich angestellt sein. Mit den Honoraren der Chefarzte (separates Honorargesetz), einzelnen Anstellungen, welche über der kantonalen Besoldungsverordnung liegen (heute bereits via Sponsoring durch private Firmen praktiziert), oder Zweiklassenmedizin (Bundesebene-KVG) haben diese zwei Gesetze rein gar nichts zu tun.

■ ■ ■
Eine Ablehnung hätte zur Folge, dass die zwei Spitäler in ihren Bemühungen, sich auf sehr schwierigem und komplexem Terrain nach vorne zu bewegen, ausgebremst würden. Die leise Aufbruchstimmung im USZ nach den schwierigen Krisen würde im Keime erstickt. Für das Kantonsspital Winterthur bedeutet das Gesetz eine von der Zentrale in Zürich gelöste Identität; das KSW erhält, um es etwas pathetisch auszudrücken, eine eigene Seele.

■ ■ ■
Folgende Neuerungen sprechen für ein Ja: die klare Trennung der Gewalten. Die Gesundheitsdirektion (GD) bleibt Auftraggeberin der Leistungsaufträge, ist aber nicht mehr gleichzeitig Leitung der operativen Ebene (Spitaldirektion) und Aufsichtsinstanz. Die Besetzung des Spitalrates, welcher neu die Führung hat und Verhandlungspartner der GD ist, wird vom Regierungsrat vorgeschlagen und muss vom Kantonsrat genehmigt werden. Auch allfällige Auslagerungen einzelner Betriebsteile müssen vom Regierungsrat bewilligt und vom Kantonsrat genehmigt werden. (Heute könnten die Spitäler mit der

Einwilligung der GD Betriebsteile ohne Zustimmung des Parlamentes auslagern.) Der Spitalrat des USZ wird im strategischen Führungsgremium der Universität, dem Unirat, mit Antragsrecht Einsitz nehmen, ebenso der Unirat im Spitalrat des USZ. So wird ein Verhandeln auf gleicher Augenhöhe zwischen Universität und dem Universitätsspital erst möglich gemacht. Die schwierige Schnittstelle zwischen diesen zwei Grossinstitutionen ist eine der Ursachen der Unruhe und der Konflikte am Unispital (zum Beispiel Berufungen von Professorinnen und Professoren). Weiter werden Klinikdirektoren neu vom Spitalrat berufen, unabhängig davon, ob sie als Professoren an der Uni lehren. Die Position des Parlamentes wird mit obigem Genehmigungsvorbehalt und einer verstärkten parlamentarischen Aufsicht verbessert.

■ ■ ■
Heute sind die zwei grössten kantonalen Spitäler zwei Kästchen im Organigramm der Gesundheitsdirektion. Mit der Regelung auf Gesetzesstufe wird es auch später seitens des Parlamentes möglich sein, gezielt Veränderungen herbeizuführen. Seit weit über 20 Jahren kämpft die Pflege um eine Gleichstellung des Berufsstandes in den Spitalführungen (so genanntes Dreibein neben den Ärzten und der Verwaltung). Im USZ ist dies schon seit längerem Praxis. Nun wird auch im Kantonsspital Winterthur Spitaldirektion als Dreibein geführt werden müssen. Ein weiterer Grund für ein Ja ist der, dass im Spitalrat des KSW die Stadt Winterthur sowie eine Vertretung der umliegenden Gemeinden, welche alle das Kantonsspital mitfinanzieren, Einsitz nehmen.

■ ■ ■
Der langen Rede kurzer Sinn: Es ist auch aus linker Optik bei genauerem Hinsehen durchaus möglich, diese zwei Gesetze zu befürworten, vor allem auch, weil der Status quo keine Alternative ist.

■ ■ ■
Christoph Schürch, SP-Kantonsrat und Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Winterthur.

Hat Deiss alle Tassen im Schrank?

Als vor zwei Monaten ein Kind auf brutale Weise von Kampfhunden zu Tode gebissen wurde, ging eine Welle der Empörung durch die Schweiz. Lauthals wurde ein Halteverbot für diese Köter gefordert. Zu Recht, denn was nützen diese zur Bösartigkeit dressierten Tiere? Die meisten Kantone reagierten sofort mit unterschiedlichen Vorschriften. Auch der Bundesrat befasste sich mit der Angelegenheit und erliess ein Einfuhr- und Halteverbot für Kampfhunde. Nachdem nun wahrscheinlich bereits ein grosser Teil dieser Tiere eingeschläfert worden ist, kommt Bundesrat Joseph Deiss mit der Idee, das Halteverbot für Kampfhunde wieder aufzuheben. Da muss man sich wirklich fragen: Hat der noch alle Tassen im

Schrank? Woher kommt dieser makabere Sinneswandel? Hat er einen guten Kollegen, der gerne mit diesen Tieren spielt? Auch bei seinen



Amtskollegen hat dies Kopfschütteln verursacht. Was müssen die Eltern dieses so brutal von Kampfhunden zerfleischten Kindes denken, wenn dieses Verbot wieder aufgehoben werden soll? Müssen noch mehr Kinder auf diese Weise geopfert werden, nur weil gewisse Leute Freude am Abrichten und Quälen solcher Tiere haben? Diese Köter gehören nach wie vor auf die Abschussliste. Es gibt ohnehin zu viele Hunde, die wegen unsachgemässer Erziehung durch die Halter Ärger bei den Nachbarn verursachen. Deiss muss allerdings nicht befürchten, von einem solchen Tier gebissen zu werden, denn die sind heikel und beißen nicht in alles.

Niklaus Amacker, Winterthur.

Rauchzeichen aus Zürich.



Intermezzo.

Mit unerwartet deutlichen 79,1 Prozent Stimmen hat der Kanton Tessin das Rauchverbot in Restaurants, Bars und Discos am vergangenen Sonntag angenommen. Um es vorzuschicken, ich bin Nichtraucherin. Oder besser gesagt, ich bin Ex-Raucherin, seit dreieinhalb Jahren. Viele meinen, Ex-Raucher seien die schlimmsten Nichtraucher. Das ist nicht so, dies wird sozusagen (m)ein Plädoyer für die Raucher.

Für Restaurants, die neu gebaut werden, ist es einfacher, das Gebäude so zu bauen, dass Raucher und Nichtraucher besser voneinander getrennt sind. Bei bestehenden Lokalen kann – ohne enorme Kosten und den Heimatschutz – baulich meist nicht viel geändert werden. Dass die Res-

taurants getrennte Tische anbieten und diese möglichst lüftungsgerecht platzieren, ist auch für mich ein Muss. Ein generelles Rauchverbot in Restaurants wäre aber für die Gastronomie ein schlimmes Signal. Gäste würden mit Sicherheit ausbleiben und die Umsätze zurückgehen. Vielmehr ist Eigenverantwortung und die sonst so oft zitierte Toleranz gefragt. Wenn ich mir den Tisch mit Rauchern teile, warten diese, bis ich fertig gegessen habe. Bei sich zu Hause kann man bestimmen, ob man rauchen will oder nicht. Wenn ich ins Kino gehe, wird drinnen nicht geraucht, und in der Pause kann draussen geraucht werden. Akzeptabel. In den Fliegern wird nicht geraucht, hingegen bin ich für Rauchen auf den Flughäfen. Kompromisse finden, oder wie heisst es doch so schön.

Auch für die Discos stehen schwere Zeiten an. Dort soll nicht mehr geraucht werden dürfen. Wenn man bis fünf Uhr morgens neben den lauten Boxen tanzt, einige Drinks intus hat, der künstliche Rauch die Sicht und Kleider vernebelt und die Partygäste nach unterschiedlichstem Schweiß und Parfüm duften, kommt's doch nicht mehr darauf an, ob geraucht wird oder nicht. Überlassen wir

doch den Gästen die Entscheidung, ob sie in diese Lokale gehen wollen oder nicht. Eigeninitiative begrüsse ich. Wenn Nichtraucher-Restaurants und -Discos eröffnet werden, laufen diese gut, sollten sie einem Bedürfnis entsprechen. Wir müssen aber aufhören, den Leuten noch mehr zu verbieten und vorzuschreiben.

Rauchen ist ungesund und Rauch stinkt, das ist so. Deshalb tut der aktuelle Dialog sicher gut. Aber in erster Linie schaden die Raucher sich selber und auch ihrem Portemonnaie. Wir können sie nicht ausgrenzen. Sonst wird doch auch immer Toleranz gepredigt, gegenüber Ausländern, Schwulen, Randgruppen und allen anderen Andersdenkenden. Für diese werden Ausnahmen gemacht, Sonderregelungen bewilligt und Förderungsprogramme auf die Beine gestellt. Den Süchtigen gibt man Alkohol und Methadon, und die Zigaretten, die sie rauchen, dürften auch aus Steuergeldern stammen. Nur der unbescholtene Bürger, der sich in seiner Lieblingsbar nach dem Feierabend eine Zigarette zu seinem Bier gönnt, ist künftig unerwünscht.

Natalie Rickli,
SVP-Gemeinderätin.

Bei uns sind Ihre Drucksachen komplett ausgeliefert.

STRUPELPETER KOPIEN UND DRUCKSACHEN
Zürcherstrasse 43, strupelpeter@mattenbach.ch

